

Gutachter: Region braucht nur drei Kreise

Drei Großstädte und fünf Landkreise sind viel zu viel, sagt Professor Bogumil.

Von Andre Dolle

Braunschweig. Eine große Regionslösung mit eigenem Präsidenten ist auf absehbare Zeit nicht umsetzbar. Bis 2021 soll es aber Teilfusionen zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten in unserer Region geben. Gleichzeitig soll bis 2016 der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) gestärkt werden. Das sind die wichtigsten Empfehlungen im gestern von Professor Jörg Bogumil vorgestellten Gutachten zur Weiterentwicklung der Region.

Bogumil wertete Daten aus, analysierte Pendlerverflechtungen, las Zeitungsartikel, bereiste die Region, sprach mit Landräten, Bürgermeistern, Wirtschaftsvertretern und Parteipolitikern.

Aufgefallen ist Bogumil eine große Uneinigkeit. „Man kriegt einen Schrecken, wenn man das von außerhalb sieht“, sagte Bogumil gestern. Eine große Region nach dem Vorbild der Region Hannover hält er auch deshalb mindestens für die kommenden 20 Jahre für ausgeschlossen.

Die Region müsse dennoch enger zusammenrücken. „Das ist im Interesse aller“, meinte Bogumil. Grundsätzlich habe sich der Wille zur Veränderung in den vergangenen Jahren verstärkt. Ursache sei eine Schieflage, was die Finanzen und die Entwicklung der Bevölkerung betreffe. Bogumil: „Da die Schere zwischen reicheren und ärmeren Landkreisen sowie kreis-



„Man kriegt einen Schrecken, wenn man die Uneinigkeit in der Region von außerhalb sieht.“

Jörg Bogumil, Verwaltungswissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum

freien Städten immer weiter auseinandergeht, muss dringend etwas geschehen.“ Helmstedt und Salzgitter hat Bogumil als besondere Sorgenkinder ausgemacht.

Bisher gibt es fünf Kreise und drei kreisfreie Städte in der Region. Geht es nach Bogumil, soll es ab der Kommunalwahl 2021 nur noch drei bis fünf Kreise oder Städte geben. Wer mit wem fusionieren soll, lässt er leider offen. Von einer Fusion Peine-Hildesheim, die diskutiert wird, hält er nichts. „Das ist eine Notlösung.“ Man brauche sich nur die kaum vorhandenen Pendlerverflechtungen anzuschauen und würde gleich erkennen: „Die beiden Landkreise verbindet nichts.“

Ein schneller und effektiver Schritt, um die Region zu stärken, besteht laut Bogumil darin, dem ZGB mehr Aufgaben zu übertragen. Der ZGB solle zum Regionalverband ausgebaut werden, der sich zum Beispiel um Berufsschulen und die Anwerbung von EU-Fördermitteln kümmert.

Mehr lesen Sie auf zwei Seiten **Antworten** und auf **Debatte**.

LEITARTIKEL
von
Andre Dolle



„Mit dem Bogumil-Gutachten liegen nun Vorschläge auf dem Tisch, wie die Region weiterentwickelt werden soll.“

Packt es endlich an!

Gestern bei der Vorstellung des Gutachtens zur Weiterentwicklung der Region konnte man sie wieder hören, die Floskeln: „Wir sind wild entschlossen“, „ich bin optimistisch“, „das wird was“. Nach Jahren der Debatte möchte man nun glauben, dass es endlich vorangeht. Trotz vieler Egoismen scheint bei Landräten, Oberbürgermeistern und sonstigen Akteuren der Gedanke zu reifen, dass die Region gemeinsam mehr auf die Beine stellen kann.

Mit dem Gutachten von Professor Bogumil liegen Vorschläge auf dem Tisch: Der Zweckverband Großraum Braunschweig muss schnell zu einem Regionalverband ausgebaut werden. Übergreifende Bereiche wie die EU-Förderung, Berufsschulen, Verkehrsplanung und die Tourismusförderung lassen sich besser zentral organisieren. Das wäre nicht der große Wurf, aber ein guter Anfang.

Dass Bogumil all dies fordert, ist wenig überraschend. Das Gutachten wurde mit dem Ziel in Auftrag gegeben, die Region, aber

auch den ZGB zu stärken. Auftraggeber: der ZGB. Doch das soll an dieser Stelle geschenkt sein, schließlich wollen auch SPD und CDU den ZGB stärken.

Direkt gewählte Präsidenten und Abgeordnete der Versammlung braucht der Regionalverband nicht, so Bogumil. Dafür reiche der Aufgabenkatalog noch nicht aus. Doch in einer Region, in der es so viel Streit gibt, ist jede Legitimation wünschenswert.

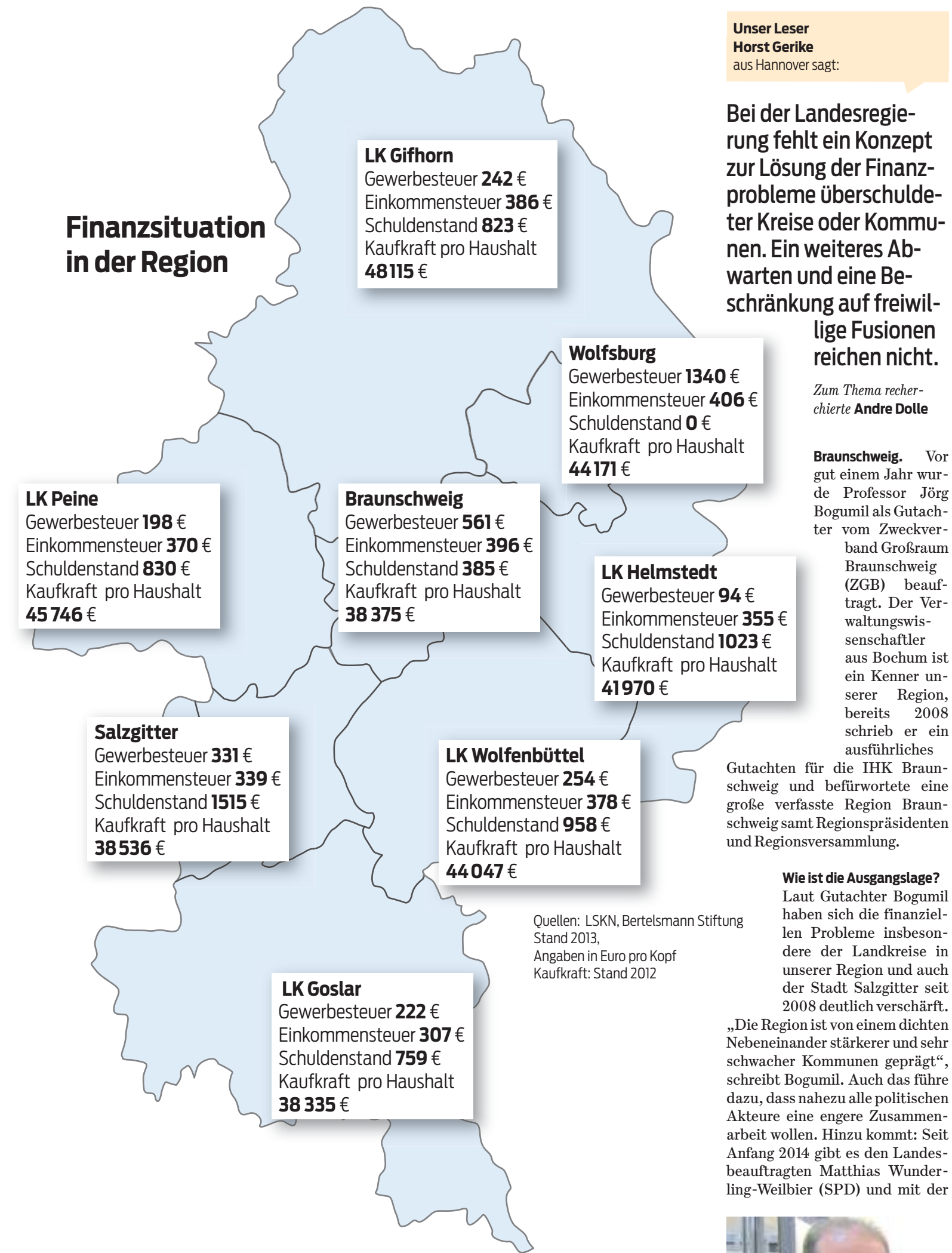
Durch die verstärkte Zusammenarbeit sind die finanziellen Probleme etwa von Helmstedt und Salzgitter noch nicht gelöst. Hier sagt der Gutachter: Statt drei Großstädten und fünf Kreisen reichen fünf, besser drei Kommunen aus. Zu kleinteilig, zu schwache oder teure Verwaltungen, lautet das Fazit. Bogumil trifft ins Schwarze. Das gilt nicht nur für die Region, sondern für ganz Niedersachsen. Wenn die Landesregierung Mumm hat, nutzt sie die Enquete-Kommission, die extra für die Region eingerichtet werden soll, und stellt sämtliche Landkreise auf den Prüfstand.



Das neue Bogumil-Gutachten. Die Fusions-Debatte ist um ein weiteres Kapitel reicher. Andre Dolle erklärt, was der Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil sich für die Region vorstellt. Thomas Stechert beantwortet eine Frage, die eine mögliche Fusion von Peine und Hildesheim betrifft. Art Director Erwin Klein (rechts) hat der Seite ein Gesicht gegeben.

Bis 2016 soll der ZGB gestärkt werden, bis 2021

Professor Jörg Bogumil stellte gestern sein Gutachten vor. Bisher gab es zwar sehr viele Vorschläge zur Weiterentwicklung der Region,



Unser Leser
Horst Gerike
aus Hannover sagt:

Bei der Landesregierung fehlt ein Konzept zur Lösung der Finanzprobleme überschuldeter Kreise oder Kommunen. Ein weiteres Abwarten und eine Beschränkung auf freiwillige Fusionen reichen nicht.

Zum Thema recherchierte Andre Dolle

Braunschweig. Vor gut einem Jahr wurde Professor Jörg Bogumil als Gutach-vom Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) beauftragt. Der Verwaltungswissenschaftler aus Bochum ist ein Kenner unserer Region, bereits 2008 schrieb er ein ausführliches

Gutachten für die IHK Braunschweig und beauftragte eine große verfasste Region Braunschweig samt Regionspräsidenten und Regionsversammlung.

Wie ist die Ausgangslage? Laut Gutachter Bogumil haben sich die finanziellen Probleme insbesondere der Landkreise in unserer Region und auch der Stadt Salzgitter seit 2008 deutlich verschärft.

„Die Region ist von einem dichten Nebeneinander stärkerer und sehr schwacher Kommunen geprägt“, schreibt Bogumil. Auch das führe dazu, dass nahezu alle politischen Akteure eine engere Zusammenarbeit wollen. Hinzu kommt: Seit Anfang 2014 gibt es den Landesbeauftragten Matthias Wunderling-Weilbier (SPD) und mit der

Allianz für die Region einen weiteren Zusammenschluss, der sich auf die Wirtschaftsförderung spezialisiert hat.

Trotz dieser Vorzeichen ist Bogumil der festen Überzeugung, dass eine verfasste Region, die die Landkreise ersetzen soll, auf absehbare Zeit nicht umsetzbar ist. Eine zu große Fläche des Gebietes zwischen Harz und Heide stehe der Erledigung bestimmter Aufgaben entgegen. Die bisher viel zu kleinteiligen Gemeinden würden in solch einer großen Region untergehen, es gibt mit den Großstädten Braunschweig, Wolfenbüttel und Salzgitter gleich drei Zentren. Beim Vorbild, der Region Hannover, gebe es mit der namensgebenden Großstadt hingegen eine klare Metropole. Der wichtigste Grund, der gegen eine große Region spricht, ist laut Bogumil aber die mangelnde Einigkeit in unserer Region.

Wie arbeiten die Gutachter?

Der ZGB ist Auftraggeber des Gutachtens. Bogumil und sein Mitarbeiter Marc Seuberlich (ZGB) beauftragt, der Vertrag ausgewertet wird, wie der ZGB weiterentwickelt werden kann. Bogumil betonte gestern auf Nachfrage seine Unabhängigkeit. „Ich war vollkommen frei. Ich mache mir meinen guten Ruf doch nicht kaputt.“ Der ZGB habe zuerst nur sich im Blick gehabt. Bogumil: „Ich habe Wert darauf gelegt, dass man die Region als Ganzes untersuchen muss.“ Der Verwaltungswissenschaftler erklärte, dass er in den Bereichen, in denen der ZGB gestärkt werden solle, nicht immer auf Gegenliebe des ZGB-Direktors Hennig Brandes und des Chefs der Verbandsversammlung, Detlef Tanke, gestoßen sei.

Bogumil wertete Daten aus, analysierte Pendlerverflechtungen, las Zeitungsartikel, bereite die Region, sprach mit Landräten, Bürgermeistern, Wirtschaftsvertretern und Politikern.

Was sind die Kernaussagen? Bogumil hält eine verfasste Region auf absehbare Zeit für unrealistisch. Den jetzigen Kreiszuschnitt hält er aber auch nicht für zukunftsfähig. Die Grenze von 150 000 Einwohnern, ab der sich



„Eine Gebietsreform auf Kreisebene in der Region ist unabdingbar.“

Jörg Bogumil, Verwaltungswissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum

eine Kreisverwaltung laut Bogumil rechnet, überschreiten in unserer Region nur der Landkreis Gifhorn und die Stadt Braunschweig. Daher kommt er zu dem Schluss: „Eine Gebietsreform in der Region ist unabdingbar.“ Leider will sich Bogumil nicht festlegen, wer mit wem fusionieren soll. Seine Meinung wäre an dieser Stelle interessant gewesen. In dieses Minenfeld will er sich aber nicht begeben.

Schwache Landkreise sind nicht nur ein Problem unserer Region. In ganz Niedersachsen hält der Professor 19 Landkreise oder kreisfreie Städte nicht für zukunftsfähig. Ähnlich kleine Landkreise gebe es nur in Bayern und Baden-Württemberg, allerdings

drei bis maximal fünf Kreise oder kreisfreie Städte soll es laut Bogumil in unserer Region künftig geben. Werden es nur drei Kreise, hält Bogumil eine große verfasste Region für nahezu ausgeschlossen. „Die wäre dann überflüssig.“

Unabhängig von der Frage, wer mit wem fusioniert, gibt es laut dem Professor aber Aufgaben, die auf regionaler Ebene wahrgenommen werden sollen. Da kommt der ZGB als regionale Klammer ins Spiel. Die Allianz für die Region bietet sich nicht an, da sie zu 50 Prozent in privater Trägerschaft ist, nämlich von VW.

Da der ZGB einen eher technokratischen Namen trägt und durch die nie umgesetzte Regionalschienenlinie ein negatives Image



Stellten gestern das 156-seitige Gutachten zur Weiterentwicklung des Zweckverbands Großraum Braunschweig (ZGB) und zu unserer Region vor: ZGB-Direktor Hennig Brandes (links), Professor Jörg Bogumil, dessen Mitarbeiter Marc Seuberlich und Detlef Tanke, Chef der ZGB-Verbandsversammlung. Fotos (2): Andre Dolle

Unsere aktuelle Themenbörse

Abonnieren Sie den neuen Antworten-Newsletter!

soll die Kreisreform stehen

aber keine Lösungen. Das Gutachten soll den Durchbruch bringen.

hat, schlägt Bogumil den Namen Regionalverband vor. Eine Direktwahl der Verbandsmitglieder und auch des Direktors hält Bogumil nicht für sinnvoll. Das fordert die SPD, auch die CDU und die Grünen könnten sich wohl damit anfreunden. So soll die Legitimation eines Regionalverbandes bei den Bürgern gestärkt werden. Bogumil aber sagt, dass die Aufgabenfülle, die er in seinem Gutachten empfiehlt, für eine Direktwahl nicht ausreicht. Stattdessen schlägt er vor, die Oberbürgermeister und Landräte automatisch zu Mitgliedern der Verbandsversammlung zu machen.

Welche zusätzlichen Aufgaben soll der Regionalverband erhalten?

Bisher ist der ZGB der Aufgaben-träger des Nahverkehrs in unserer Region. Er hat Ende letzten Jahres die Regiobahn auf die Gleise gesetzt. Zudem ist er für die Regionalplanung zuständig, kümmert sich zum Beispiel darum, wo in der Region Windkraft- und Solaranlagen stehen sollen.

Das reicht nicht, sagt Bogumil. Von Braunschweig aus sollen weitere Aufgaben bewältigt werden, die sich zentral besser organisieren lassen als von jedem Landkreis alleine.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung soll die Allianz für die Region weiterhin einzelne Projekte anstoßen, der ZGB wichtige Felder wie ein Gewerbeflächen-Konzept für die Region bearbeiten.

Auch im Bereich der Tourismusförderung soll dem ZGB eine wesentliche Rolle zukommen. Er soll überregional bedeutsame Kultur- und Freizeiteinrichtungen verwalten.

Als weitere Beispiele sei die Trägerschaft sämtlicher Berufsschulen in der Region genannt, außerdem eine Hilfe für Städte und Gemeinden beim Einholen von EU-Fördermitteln. Bogumil:

„Da blickt kaum noch einer durch. So ein Antrag ist hochkompliziert. Das können in der Region vielleicht die Stadtverwaltungen aus Braunschweig und Wolfenbüttel leisten. Aber sonst?“, fragt Bogumil. Der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier soll weiterhin koordinieren, welche Kommunen Förder-Anträge stellen, der Regionalverband soll helfen, die Antragsreife zu gewährleisten.

Bei der Abfallentsorgung und im Bereich der Krankenhäuser sieht Bogumil keine Aufgabenerweiterung für den Regionalverband. Die Kliniken in der Region sind zum Teil in privater Trägerschaft, lassen sich daher schlecht koordinieren. Für die Abfallentsorgung sei das Gebiet schlicht zu groß. Auch bei den Gesundheits- und Veterinärämtern hält Bogumil unsere Region für zu groß. „Teilzusammenschlüsse sind die bessere Lösung.“

Wie geht es weiter?

Der Professor hat eine klare Vorstellung davon, welche Punkte wann auf der Aufgabenliste abgehakt werden sollten. Das gilt auch für den ZGB. Dessen Direktor Hennig Brandes erklärte gestern: „Bis zum 24. April kann jeder Akteur aus unserer Region seine Meinung zum Gutachten äußern und eigene Vorschläge machen. Am 6. Mai laden wir zum Abend der Region, einen Tag später tagt die ZGB-Verbandsversammlung. Danach wollen wir auf die Landesregierung zugehen.“ Das Land muss einen Regionalverband per Gesetz auf den Weg bringen. Bogumil: „Das sollte noch bis zur Kommunalwahl im Herbst 2016 geschehen.“

Eine Reform auf Kreis- und Gemeindeebene hält Bogumil bis 2021 für realistisch und vor allem für zwingend angebracht. Er begrüßt die Enquete-Kommission, die im Landtag eingerichtet werden soll. Diese solle bis 2018, bis zur nächsten Landtagswahl alle, konkrete Vorschläge zu Kreis-Fusionen in ganz Niedersachsen machen. Die Vorschläge sollen bis zur Kommunalwahl im Herbst 2021 umgesetzt werden.

Das komplette Gutachten ist auf www.zgb.de abrufbar.

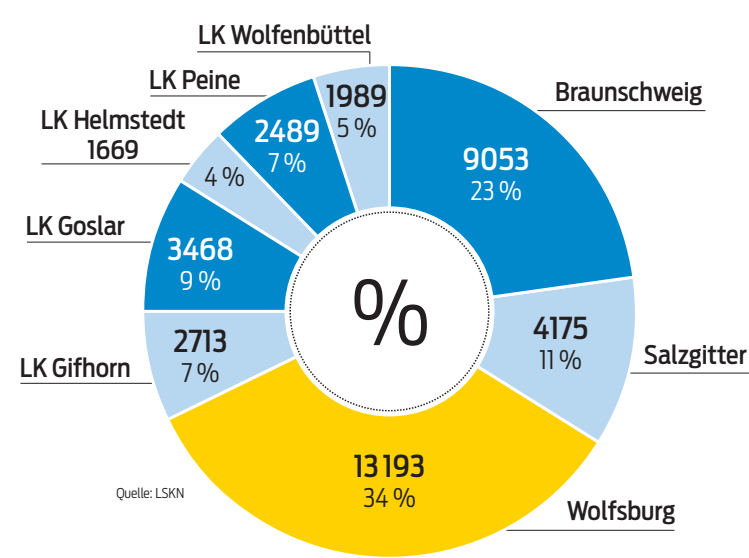
Kreisstruktur im Vergleich der großen Bundesländer

Land	Anzahl	Durchschnittliche Größe (kleinster Kreis – größter Kreis)	
		Einwohner	qkm²
Baden-Württemberg	35	247 162 (107 866 – 531 013)	986 (519 – 1851)
Bayern	71	125 643 (66 644 – 329 981)	964 (308 – 1972)
Hessen	21	219 389 (96 201 – 404 995)	971 (222 – 1848)
Niedersachsen	38	179 136 (48 670 – 1119 526)	1223 (535 – 2882)
Nordrhein-Westfalen	31	338 454 (134 947 – 613 878)	980 (407 – 1960)
Sachsen	10	274 205 (178 346 – 351 309)	1757 (949 – 2391)

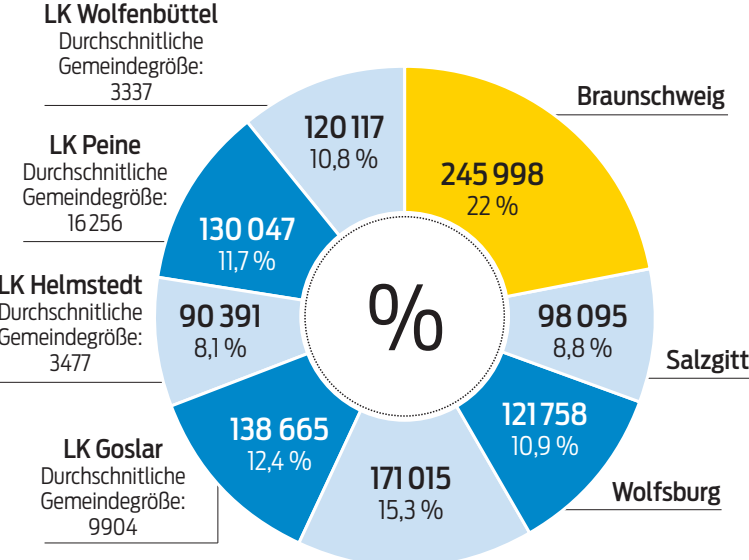
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stand 31.12.2013

Stellen Sie Ihre Frage
Wir recherchieren für Sie

Bruttoinlandsprodukt der Region in Mio. Euro (2011)



Bevölkerungszahlen und Anteil an der Region



Online-Stimmen unserer Leser zu den Fusions-Überlegungen.

Braunschweig muss Sitz werden
Ich denke nur eine Großregion mit Sitz in Braunschweig wäre eine gute Lösung. Gewisse Aufgaben könnten dann zentralisiert gelöst und Kosten eingespart werden. Die eingesparten Gelder könnten dann zur Verbesserung der Infrastruktur der gesamten Region genutzt werden so das alle Bürger im Braunschweiger Land etwas davon hat.
Stephan Praast

Finanzausgleich neu definieren
Es kann keine Lösung ohne die Bürger geben. Als es die Überlegungen in Gifhorn gab, wurden wir im Papentisch mit massiver Kritik an einer Fusion mit Wolfenbüttel konfrontiert. Somit muss man realistisch alle Optionen abwägen und dies gemeinsam mit den Bürgern tun, auch wenn es am Ende Lösungen gäbe, die der Politik missfallen. Zudem muss der kommunale Finanzausgleich neu definiert werden, um Kommunen, die deutlicher unter dem demografischen Wandel leiden, zu entlasten.
Christoph Kasper

Helmstedt ist nicht pleite
Also der Landkreis Helmstedt ist zwar finanziell nicht so gut aufgestellt, aber nicht wirklich pleite.

Allerdings sind dank der einflusslosen Politik der rot-grünen Mehrheit im Kreistag keine Anstrengungen zur Eigenentschuldung zu erwarten.
Kheda Raec

Mehr Beteiligung ist erforderlich
Es wurden in Wolfenbüttel und im Kreis Helmstedt Bürgergespräche durchgeführt, Ratsbeschlüsse gefasst und so weiter. Dann kam die Landesregierung und auf einmal interessiert die Bürgermeinung niemanden mehr. Wen wundert es da, wenn die Politikverdrossenheit der Menschen immer größer wird. Gerade hier wird wieder deutlich, wie wenig unsere Meinung die Politiker da oben interessiert. Weiterhin finde ich es skandalös, dass im Kreis Helmstedt eine Wahl des Landrats verhindert wird und wir bei diesen wichtigen Entscheidungen ohne Landrat da stehen.
Michael Peters

Wir zahlen am Ende drauf
Ob das Hinzukommen einzelner Landkreise wirklich eine positive Lösung darstellt, sehen wir dann. „Wir“ dürfen eh nur zum Schluss gegebenenfalls ein paar Euros drauflegen.
Jan Raab

Sie wollen schon heute wissen, was morgen Thema in unserer Zeitung wird? Abonnieren Sie unseren kostenlosen Antworten-Newsletter. Per E-Mail erfahren Sie, welche Themen auf den Antworten-Seiten stehen sollen. Dazu können Sie uns dann Ihre Fragen schicken. Melden Sie sich einfach an unter <http://bit.ly/1xTDROd>

Wer verhandelt, kann länger im Amt bleiben

Ein Gesetz von 2013 ist die Grundlage. Ein Leser kritisiert den Peiner Landrat dafür.

Unser Leser
Norbert Troska
aus Peine fragt:

Ist es legitim, wenn der Peiner Landrat seine Amtszeit eigenmächtig verlängert, um einen Zusammenschluss mit dem Kreis Hildesheim gegen den mehrheitlichen Willen der Bürger durchzusetzen? Und welchen Vorteil hat der verschuldete Kreis Peine, wenn er sich mit dem hochverschuldeten Kreis Hildesheim zusammenschließt?

Die Antwort recherchierten Thomas Stechert und Andre Dolle

Peine. Tatsächlich ist die zweijährige Amtszeitverlängerung des Peiner Landrats Franz Einhaus um zwei Jahre bis zum 31. Oktober 2016 im Zusammenhang mit dem Fusionsprojekt erfolgt. Einhaus (60) hat sich den Zuschlag aber nicht eigenmächtig genehmigt.

Grundlage ist das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, Paragraph 80. Demnach kann ein Kreistag auf der Grundlage eines Beschlusses zur Aufnahme von Fusions-Verhandlungen mit einer anderen Kommune auf eine erforderliche Wahl des Hauptverwaltungsbeamten für längstens zwei Jahre nach dem Ablauf der Amtszeit vorläufig verzichten. Dem entsprechenden Antrag der rot-grünen Mehrheitskoalition hat der Peiner Kreistag schließlich am 22. Oktober 2013 mehrheitlich bei einer Enthaltung zugestimmt. „Der Landrat soll unbelastet von möglichen Wählerinteressen arbeiten können“, begründete SPD-Chef Günter Hesse den Antrag. Heiko Sachtleben von den Grünen sagte, dass durch den Wegfall der Landrats-Wahl 2014 obendrein eine Menge Kosten gespart würden. Die politischen Gegner wiederum beklagten einen „Ausverkauf der Demokratie“.

Die Gesetzgrundlage war Ende 2013 unter Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) geschaffen worden, eben im Hinblick auf erwünschte freiwillige Fusionsbestrebungen der Kommunen.

Auf dieser Gesetzesgrundlage hatte im Übrigen auch der Kreistag im möglichen Fusions-Landkreis Hildesheim die Amtszeit seines Landrats, Reiner Wegner (SPD), verlängert. Und noch ein Beispiel aus dem Landkreis Peine für diese durchaus gängige Praxis: Im November 2013 hat der Gemeinderat Lengede einstimmig die Amtszeit von Bürgermeister Hans-Hermann Bass (SPD) um zwei Jahre bis zum 31. Oktober 2016 verlängert – gleichfalls in Verbindung mit Fusionsverhandlungen mit benachbarten Kommunen.

Gegen die Amtszeitverlängerung des Peiner SPD-Landrates hatte seinerzeit ein Bürger aus Vechede vor dem Braunschweiger Verwaltungsgericht geklagt – Wolfgang Kiesswetter, ehemals Erster Kreisrat und CDU. Durch den Kreistagsbeschluss sah er sein Recht als wahlberechtigter Bürger beschnitten. Kiesswetter, selbst Rechtsanwalt, vertrat seinerzeit den Standpunkt, dass der erwähnte Gesetzespassus verfassungswidrig sei: „Er verstößt meiner Ansicht nach gegen das Demokratiegebot der niedersächsischen Verfassung.“

In der Gerichtsverhandlung im März vorigen Jahres gab es jedoch kein Urteil. Der Richter verwies auf die tatsächlich laufenden Fusions-Verhandlungen, womit die Vorgabe des Kommunalverfassungsgesetzes erfüllt sei. „Dann ist ja alles gut“, fasste er zusammen, und am Ende einigten sich beide Seiten darauf, ihren Rechtsstreit für erledigt zu erklären. Die Kosten des Verfahrens musste Kiesswetter zu drei Vierteln, der Kreis zu einem Viertel übernehmen. Dennoch gab sich der Vecheder zufrieden: „Weil ich den Mut hatte, öffentlich den Kreistag zu kritisieren.“

Bogumil: Fusion der Kreise Peine und Hildesheim wäre Notlösung

Die Frage nach den Vorteilen ist umstritten. Der Verwaltungswissenschaftler Professor Jörg Bogumil hält eine Fusion der beiden Landkreise Peine und Hildesheim für den absolut falschen Weg. „Die beiden wären nicht zukunftsfähig“, sagte er gestern bei der Vorstellung seines Gutachtens zur Stärkung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig und der Region. Bogumil erklärte, dass es zwischen den beiden Landkreisen kaum Verflechtungen gebe. „Nur drei Prozent der Peiner pendeln nach Hildesheim.“ Zwischen den beiden Kreisstädten gebe es noch nicht einmal eine Zugverbindung.

Detlef Tanke, Chef der ZGB-Verbandsversammlung und SPD-Generalsekretär in Niedersachsen, ließ gleichfalls durchblicken, dass er eine Fusion Peine-Hildesheim nicht für zielführend hält.



Peines Landrat Franz Einhaus (SPD). Archivfoto: Rudolf Fientge